

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Mai 2020

Inhalt

Nachrichten aus den EU-Institutionen	1
EU-Kommission: Länderspezifische Empfehlungen für die Erholung von der Krise	1
EU-Kommission: Soziale Rechte Priorität im Wiederaufbau nach der Covid-19 Pandemie	1
EU-Kommission: Unterstützung für Netzwerke von Jugendorganisationen.....	1
EU-Kommission: Klage gegen Österreich wegen Kindergeldindexierung.....	2
EU-Kommission: Konsultation zur Gehaltstransparenzrichtlinie	2
Europarat: Website zu Frauenrechten im Zusammenhang mit Covid-19.....	2
EuGH und Bundessozialgericht: Entscheidungen zu Leistungen für EU-BürgerInnen im europäischen Ausland.....	3
Nachrichten aus den europäischen Staaten.....	3
Belgien: Sonder-Elternzeit während der Corona-Maßnahmen.....	3
Schweiz: Unterstützung der Kinderbetreuung während der Corona-Krise	3
Schottland: Heterosexuelle Paare sollen eine Lebenspartnerschaft eintragen können	4
Österreich: Familienhärtefonds aufgestockt.....	4
Kroatien: Informationen der Regierung über häusliche Gewalt	4
Estland: Sonder-Pflegegeld für Eltern behinderter Kinder während der Covid-19 Pandemie.....	4
Finnland: Mahlzeiten für Kinder aus einkommensschwachen Familien	4
Frankreich: Maßnahmen zur Unterstützung von Kindern und Familien in der Pandemie.....	5
Weitere Nachrichten.....	5
COFACE: Offener Brief an EU-Institutionen zur Unterstützung von Familien in der Pandemie	5
UNICEF: Erhöhter Bedarf an humanitärer Hilfe für Kinder	5
Eurochild: Sammlung von Ressourcen zur Unterstützung im Umgang mit der Pandemie.....	6
ECDC: Neue Leitlinien zum Umgang mit Covid-19 in Pflegeeinrichtungen	6
LTC: Neue Website zu Auswirkungen von Covid-19 auf die Pflege.....	6
Jahrestag der Datenschutz-Grundverordnung	7
Berichte und Studien	7
EAPN: Bericht zu den länderspezifischen Empfehlungen 2020 im Kontext der Covid-19 Pandemie	7
Population Europe: Bericht zu Demografie und dem Corona-Virus.....	7
Eurofound: Umfrage zu Lebensbedingungen in der Covid-19 Pandemie	8
Bevorstehende Veranstaltungen.....	8

Nachrichten aus den EU-Institutionen

EU-Kommission: Länderspezifische Empfehlungen für die Erholung von der Krise

Die EU-Kommission hat wirtschaftspolitische Leitlinien veröffentlicht, die wirtschaftspolitische Empfehlungen im Umgang mit der Krise für die Mitgliedstaaten enthalten. Der Fokus für kurzfristige Maßnahmen liegt vor allem auf dem Eindämmen der unmittelbaren sozioökonomischen Konsequenzen der Covid-19 Pandemie. Langfristig soll ein nachhaltiges und inklusives Wirtschaftswachstum das Ziel der wirtschaftspolitischen Maßnahmen sein. Dabei seien Investitionen in den digitalen und ökologischen Wandel notwendig. Die grundsätzlichen Prioritäten aus der diesjährigen Strategie für nachhaltiges Wachstum könnten also beibehalten werden. In der aktuellen Situation empfiehlt die Kommission den Mitgliedstaaten vor allem Investitionen im Gesundheitssektor, die Unterstützung von krisenbetroffenen ArbeitnehmerInnen und kleinen und mittleren Unternehmen. Die aktualisierten Empfehlungen weichen von den regulären Haushaltsanforderungen ab. Für die Zeit der Krise durch das Coronavirus wurde die sogenannte Ausweichklausel aktiviert: Sie ermöglicht es den EU-Mitgliedstaaten, in Krisensituationen von den üblichen Anforderungen abzuweichen, um dringend benötigte Mittel zu mobilisieren.

- [Fragen und Antworten zur Anwendung der Ausweichklausel in der Coronakrise](#)

EU-Kommission: Soziale Rechte Priorität im Wiederaufbau nach der Covid-19 Pandemie

Maßnahmen zur sozialen Sicherung und die Unterstützung von ArbeitnehmerInnen sollen für die Mitgliedstaaten nach der Krise durch Covid-19 Priorität haben. Darauf einigten sich VertreterInnen der Kommission in einer Video-Konferenz mit den Sozialpartnern zu den sozioökonomischen Auswirkungen der Pandemie und notwendigen politischen Antworten. Der Kommission lägen bereits Zahlen vor, die ein starkes Ansteigen der Arbeitslosenzahlen anzeigten. Insbesondere für junge Menschen könnte die Corona-Krise drastische Auswirkungen für die beruflichen Perspektiven haben. Die Kommission arbeite daher bereits an Änderungen der EU-Jugendstrategie und Programmen zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit. Für den Erhalt von Arbeitsplätzen hat die Kommission bereits ein Instrument zur Unterstützung der Mitgliedstaaten mit Kurzarbeitsarbeitsprogrammen vorgestellt: Das Programm SURE (Support mitigating Unemployment Risks in Emergency) bietet Darlehen zu günstigen Bedingungen, um den Staaten die Bewältigung der gestiegenen öffentlichen Ausgaben zu ermöglichen.

- [Fragen und Antworten zum Programm SURE](#)

EU-Kommission: Unterstützung für Netzwerke von Jugendorganisationen

Die EU-Kommission hat die Aktion „Europäische Jugend vereint“ im Rahmen des Programms Erasmus+ angekündigt. Die Initiative soll die Vernetzung von europäischen Jugendlichen fördern, die aufgrund der Kontaktbeschränkungen durch die Covid-19 Pandemie ihre gewöhnlichen Aktivitäten nicht wahrnehmen können. Mit insgesamt fünf Millionen Euro gefördert werden Projekte, in denen sich mindestens fünf Organisationen aus verschiedenen europäischen Ländern zusammenschließen. Sie sollen sich mit Themen wie Partizipation von BürgerInnen, Unionsbürgerschaft, demokratische Teilhabe und europäischen Werten befassen. Bewerbungen können sich Jugend-NGOs mit ihren Partnerorganisationen aus allen Staaten, die am Programm Erasmus+ beteiligt sind. Die Einreichungsfrist ist der 28. Juli 2020.

- [European Youth Together 2020](#) 

EU-Kommission: Klage gegen Österreich wegen Kindergeldindexierung

Die europäische Kommission hat beim Europäischen Gerichtshof eine Klage gegen Österreich eingereicht. Österreich hatte im Jahr 2019 eine sogenannte Indexierung der Kindergeldbeträge eingeführt: Nach dieser Regelung erhalten ArbeitnehmerInnen in Österreich, deren Kinder in einem anderen europäischen Staat leben, einen geringeren Betrag an Kindergeld. Dieser orientiert sich an den dort oftmals geringeren Lebenshaltungskosten (vgl. [EuropaNews Januar 2019](#)). Die Regelung betrifft vor allem ArbeitnehmerInnen aus Ungarn und der Slowakei, die zum Arbeiten nach Österreich pendeln. Aus Sicht der EU-Kommission verstößt die Regelung gegen das Gleichbehandlungsgebot in der EU-Vorschrift über die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit. Schon zur Einführung des Gesetzes hatte die Kommission die Einleitung des Vertragsverletzungsverfahrens angekündigt. Nach Österreichs Stellungnahme im Juli 2019 (vgl. [EuropaNews Juli 2019](#)) blieb die Kommission bei ihrer Einschätzung und forderte Österreich zur Änderung der gesetzlichen Regelungen auf. Da Österreich dieser Forderung nicht nachgekommen ist, wird mit der Klage vor dem EuGH die höchste Stufe des Vertragsverletzungsverfahrens eingeleitet.

EU-Kommission: Konsultation zur Gehaltstransparenzrichtlinie

Die EU hatte im Jahr 2017 einen Aktionsplan zur Reduzierung des Gender Pay Gap gestartet. Mit einem ganzheitlichen Zugang sollten verschiedene Faktoren angesprochen werden, die zu den Gehaltsunterschieden zwischen den Geschlechtern führen. Dazu gehört die Aufklärung über Geschlechterstereotype, Initiativen zur Qualifikation von Frauen, Programme gegen die Geschlechtersegregation nach typischen Branchen und die sogenannte gläserne Decke. Auch die Gehaltstransparenz wird adressiert. Zu letzterem hat die Kommission eine Richtlinie vorgeschlagen, die sich nun im öffentlichen Konsultationsprozess befindet. Die Richtlinie soll BürgerInnen den Zugang zu Informationen sichern, die sie benötigen, um gegen Gehaltsdiskriminierung vorzugehen. Neben Richtlinien zur Gehaltstransparenz enthält sie daher Maßnahmen zur Information der BürgerInnen über die rechtlichen Grundlagen. Die Öffentlichkeit ist nun aufgefordert, Feedback zur vorgeschlagenen Richtlinie zu geben.

- [Öffentliche Konsultation zur Gehaltstransparenzinitiative](#) 
- [EU-Aktionsplan gegen die Gender Pay Gap](#) 

Europarat: Website zu Frauenrechten im Zusammenhang mit Covid-19

Der Europarat hat eine Info-Seite zu den Auswirkungen der Covid-19 Pandemie auf Frauenrechte veröffentlicht. Die notwendigen Beschränkungen der Mobilität von BürgerInnen und ihre weitgehende Isolation zuhause führt in allen betroffenen Ländern zu einem Anstieg geschlechtsbasierter Gewalt wie häuslicher und sexueller Gewalt. Auch auf die Vereinbarung von Familie und Beruf und die finanzielle Unabhängigkeit von Frauen hat die Pandemie Auswirkungen, die sich auch langfristig zeigen könnten. Auf der neuen Website informiert der Europarat über konkrete Initiativen für einzelne Problemfelder, stellt zivilgesellschaftliche Organisationen vor, gibt Informationen zu Schutzmaßnahmen in den EU-Staaten und zum Stand der Umsetzung der Istanbul-Konvention.

- [Women's rights and Covid-19](#) 

EuGH und Bundessozialgericht: Entscheidungen zu Leistungen für EU-BürgerInnen im europäischen Ausland

Zu den Ansprüchen von EU-BürgerInnen auf Leistungen der sozialen Sicherung im EU-Ausland gab es jüngst zwei Urteile. Der Europäische Gerichtshof entschied im Fall eines polnischen Staatsbürgers, der mit seinen schulpflichtigen Kindern in Deutschland lebt, dass Deutschland ihm die Zahlung von Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende verweigern darf. Geklärt wurde die Frage, ob die deutsche Regelung des Ausschlusses von Leistungen für EU-BürgerInnen, die zum Zweck der Arbeitssuche nach Deutschland kommen, im Widerspruch zum EU-Recht mit dem Grundsatz der Gleichbehandlung steht.

Das Bundessozialgericht hat in einem Fall zum Elterngeld für arbeitslose EU-BürgerInnen in Deutschland festgestellt, dass diese grundsätzlich anspruchsberechtigt seien. Dies gilt jedoch nicht für AusländerInnen in Deutschland, die nicht nach EU-Recht freizügigkeitsberechtigt sind. Das Freizügigkeitsrecht für EU-BürgerInnen gilt nicht, wenn diese sich in einem EU-Staat aufhalten, ohne in Arbeitsverhältnissen, arbeitssuchend, oder anderweitig in der Lage zu sein ihre Existenz zu sichern. Verhandelt wurde der Fall einer kroatischen Staatsbürgerin, der die Zahlung von Elterngeld wegen ihrer Arbeitslosigkeit verwehrt worden war. Sie hatte jedoch ein Jahr vor der Geburt ihrer Tochter in einer geringfügigen Beschäftigung gearbeitet, die ihr trotz Arbeitslosmeldung das Freizügigkeitsrecht sicherte. Zudem hätte selbst bei entsprechenden Voraussetzungen eine förmliche Feststellung über das Nichtbestehen oder den Wegfall des Freizügigkeitsrechts vorliegen müssen, um auf dieser Grundlage den Anspruch auf das Elterngeld abzulehnen.

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Belgien: Sonder-Elternzeit während der Corona-Maßnahmen

In Belgien wurde die Möglichkeit einer sogenannten Corona-Elternzeit während der Schließungen von Kitas und Schulen beschlossen. Sie bietet die Möglichkeit, die Arbeitszeit um fünfzig Prozent oder auf ein Fünftel der regulären Arbeitszeit zu senken. Grundsätzlich steht sie allen ArbeitnehmerInnen und Selbstständigen zu und kann von Müttern oder Vätern, allerdings nur von einem Elternteil pro Kind beansprucht werden. Berechtig sind Eltern von Kindern unter 12 Jahren oder Kindern mit Behinderung, die in Vollzeit oder mindestens 75% der regulären Arbeitszeit arbeiten. Die regulären Bezüge des Elterngeldes wurden für diese Leistung um 25% erhöht.

Schweiz: Unterstützung der Kinderbetreuung während der Corona-Krise

Der Schweizer Bundesrat hat einheitliche Regelungen zur Unterstützung der außerfamiliären Kinderbetreuung in der Corona-Krise beschlossen. Er hat die Kantone verpflichtet, Einrichtungen zur Kinderbetreuung mit einem Drittel der Kosten für die ausgefallenen Elternbeiträge während der Schließung zu unterstützen. Ein Zusammenschluss zivilgesellschaftlicher Organisationen und Interessenvertretungen von Familien, Frauen, ArbeitnehmerInnen und weiteren Gruppen in der Schweiz hatte die einheitliche Regelung aller Fragen um Kinderbetreuung und Erwerbsarbeit während der Covid-19 Pandemie gefordert. Die Initiative fordert zudem einen langfristigen Ausbau frühkindlicher Betreuungsangebote über die Krise hinaus. Die jüngste parlamentarische Initiative zur Förderung und gesamtschweizerischen Koordination von Angeboten für Kinder im Vorschulalter wurde vom Bundesrat jedoch abgelehnt, sodass die grundsätzliche Zuständigkeit abgesehen vom aktuellen Krisenfall bei den Kantonen und Gemeinden verbleibt.

Schottland: Heterosexuelle Paare sollen eine Lebenspartnerschaft eintragen können

Die Mitglieder des schottischen Parlaments haben den Gesetzentwurf zur Änderung der Bestimmungen für eingetragene Lebenspartnerschaften einstimmig angenommen. Der Entwurf sieht vor, dass künftig auch heterosexuelle Paare eine Lebenspartnerschaft eintragen können. Damit wird das schottische Modell an die Regelung im gesamten Vereinten Königreich angepasst. Bisher ist die eingetragene Lebenspartnerschaft in Schottland gleichgeschlechtlichen Paaren vorbehalten, die seit 2014 auch das Recht zur Eheschließung haben. Während homosexuelle Paare sich also zwischen eingetragener Lebenspartnerschaft und Ehe entscheiden können, steht dies heterosexuellen Paaren bisher nicht offen. Der oberste Gerichtshof des Vereinten Königreichs entschied im Jahr 2018, dass die schottische Regelung gegen die Bürgerrechte verstößt und angepasst werden müsse.

Österreich: Familienhärtefonds aufgestockt

Der sogenannte Familienhärtefonds stellt in Österreich finanzielle Unterstützungsleistungen für bedürftige Familien, Kinder und Alleinerziehende zur Verfügung. Zur Abfederung der sozialen Konsequenzen durch die wirtschaftlichen Einbrüche im Zusammenhang mit der Covid-19 Pandemie wurden jetzt zusätzlich 30 Millionen Euro für diesen Fonds zur Verfügung gestellt.

Kroatien: Informationen der Regierung über häusliche Gewalt

Die kroatische Regierung hat eine Mitteilung zu häuslicher Gewalt im Allgemeinen, zum Umgang mit Verdachtsfällen und zur verschärften Situation im Zuge der häuslichen Isolation aufgrund der Pandemiebekämpfung veröffentlicht. Darin wird dargestellt, wie Isolation, Stress, und Existenzängste das Potential haben, Aggressionspotentiale in Familien zu eskalieren und damit das Risiko von Gewalt in der Familie steigern. Es wird auf Anzeichen wie lautstarke Auseinandersetzungen bei Nachbarn, Schwierigkeiten bei der Kontaktaufnahme zu Familie und FreundInnen und auffällig verändertem Verhalten aufmerksam gemacht. Zudem steht eine Liste mit Beratungs- und Schutzmöglichkeiten verschiedener Institutionen zur Verfügung.

Estland: Sonder-Pflegegeld für Eltern behinderter Kinder während der Covid-19 Pandemie

Die estnische Regierung hat ihre Unterstützung für Familien mit Kindern mit Behinderungen zugesagt. Die Beschulung Zuhause sei bei Kindern mit Behinderungen eine größere Belastung für Familien, da diese Kinder häufig umfassende Hilfestellung bei der Bewältigung ihrer Aufgaben benötigten. Es sei daher notwendig, dass die Eltern dieser Kinder für die Zeit der Schulschließungen freigestellt und finanziell entschädigt würden. Dazu wurde ein spezielles Pflegegeld für Eltern in dieser Situation während der Dauer der Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung eingeführt. Es beträgt 70% des durchschnittlichen Monatseinkommens des beantragenden Elternteils, jedoch mindestens 540 Euro und höchstens 1.050 Euro. Es wird rückwirkend bis zum Beginn der Maßnahmen in Estland am 12. März gezahlt.

Finnland: Mahlzeiten für Kinder aus einkommenschwachen Familien

In Finnland haben sich Gewerkschaften und verschiedene Organisationen aus dem sozialen Bereich zusammengeschlossen und die Kampagne „Mittagessen für jedes Kind“ gestartet. Durch die Corona-Krise gehe für viele Familien nicht nur das Einkommen der Eltern verloren. Kinder aus einkommenschwachen Familien seien häufig auf das Schulessen angewiesen, um eine warme und nahrhafte Mahlzeit am Tag zu erhalten. Die Kampagne

wurde am 23. März gestartet und hat bereits 125.000 Pakete finanziert. Sie enthalten Zutaten und Rezepte für Mahlzeiten für eine Woche für die ganze Familie. 2017 waren ca. 15 Prozent aller finnischen Kinder von Armut betroffen.

Frankreich: Maßnahmen zur Unterstützung von Kindern und Familien in der Pandemie

In Frankreich wurden verschiedene Maßnahmen beschlossen, um Kinder und Familien bei der Bewältigung der Konsequenzen der Covid-19 Pandemie zu unterstützen. Die Familienkasse zahlt für Personen, die bereits Sozialleistungen beziehen, zusätzlich 150 Euro monatlich. Familien, die Wohngeld beziehen, erhalten für jedes im Haushalt lebende Kind unter 20 Jahren monatlich 100 Euro zusätzliche Unterstützung. Das Ministerium für Solidarität und Gesundheit hat zudem einen Aktionsplan zur Unterstützung von Familien in der Isolation beschlossen. Er sieht die Investition von zusätzlichen 500.000 Euro für telefonische und online Beratung und Unterstützung bei häuslicher Gewalt vor. Außerdem wurden Online-Ressourcen für Eltern in der Isolation geschaffen. Neben Tipps zur Beschäftigung der Kinder enthalten sie einen Elternkurs mit mehreren Online-Modulen zum Umgang mit der Situation. Das französische Hilfetelefon für Kinder verzeichnete seit Beginn des Lockdown eine Steigerung der Anrufe um 89%.

Weitere Nachrichten

COFACE: Offener Brief an EU-Institutionen zur Unterstützung von Familien in der Pandemie

COFACE Families Europe hat einen offenen Brief an die PräsidentInnen des Rates, der Kommission und des Parlaments verfasst. Darin ruft die Organisation die EU-Institutionen auf, Familien in der Bewältigung der Umstände während der Pandemie zu unterstützen. Es wird darauf hingewiesen, dass durch die Schließung von Betreuungseinrichtungen und Schulen die Care-Arbeit völlig in den familiären Bereich verschoben wird. Die finanziellen, sozialen und psychischen Konsequenzen seien enorm, wenn Familien mit dieser Situation allein gelassen würden. Mit Verweis auf die europäische Säule sozialer Rechte werden die EU-Institutionen aufgefordert, in die Unterstützung von besonders darauf angewiesenen Familien zu investieren. Benötigt würden verlässliche und sichere Pflege- und Betreuungsangebote für Menschen mit Behinderungen. Auch technische Geräte zur digitalen Beschulung, Übernahme von Kosten für alternative Betreuungsformen und Pflegezeiten der Eltern bei Ausfall der Betreuung müssten finanziell unterstützt werden.

- [Zum offenen Brief der COFACE](#) 

UNICEF: Erhöhter Bedarf an humanitärer Hilfe für Kinder

Das Kinderhilfswerk der UN UNICEF hat seinen Hilfeauftrag zur Bekämpfung der humanitären Folgen der Covid-19 Pandemie für Kinder und Familien erhöht: Benötigt würden 1,6 Milliarden Euro, um die benötigten Hilfsgüter, Transporte und Maßnahmen zu finanzieren. Weltweit könnten Kinder von der Corona-Krise nachhaltig beeinträchtigt werden. Negative Folgen hätten nicht nur der verschlechterte Zugang zu Gesundheitsversorgung und Routineimpfungen, sondern auch die Auswirkungen von Schulschließungen, Kontaktbeschränkungen und Ausgangssperren. Diese verstärkten bestehende Bildungs- und soziale Ungleichheiten und verschlimmerten die Situation von Kindern, die mit häuslicher Gewalt aufwachsen. Geflüchtete und vertriebene Kinder hätten noch weniger Zugang zu gesundheitlicher Versorgung und den Gütern des täglichen Bedarfs als zuvor. UNICEF



konzentriert seine Hilfsaktionen auf die Gebiete, in denen schon vor der Pandemie humanitäre Hilfe benötigt wurde. Die Initiativen dort sollen Gesundheitsversorgung, Nahrung, Wasser und sanitären Einrichtungen, Bildung und Schutz sicherzustellen.

Eurochild: Sammlung von Ressourcen zur Unterstützung im Umgang mit der Pandemie

Eurochild hat eine Sammlung verschiedener Ressourcen zum Umgang mit der Covid-19 Pandemie zusammengestellt. Darin enthalten sind Tipps für Eltern zur Beschäftigung und Betreuung von Kindern in der Isolation, zum Reden mit Kindern über die Pandemie, wie Kindern bei der Stressbewältigung geholfen kann und Informationen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Kinder. Auch für Kinder selbst gibt es Angebote wie kindgerechte Informationsquellen auf verschiedenen Sprachen, kostenlose Hörbücher in sechs Sprachen und Podcasts mit positiven Geschichten aus der Krise auf Englisch und Französisch. Auch von den Mitgliedsorganisationen hat Eurochild Ressourcen zusammengestellt: Verlinkt werden die #actofkindness-Kampagne aus Belgien, Forschungsergebnisse zur Entwicklung von Kindern und Jugendlichen aus Dänemark, die Aktion „Every Student Online“ aus Estland und weitere Initiativen zum Umgang mit der aktuellen Situation.

- [Eurochild: Ressourcen und Initiativen zum Umgang mit Covid-19](#) 

ECDC: Neue Leitlinien zum Umgang mit Covid-19 in Pflegeeinrichtungen

Das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) hat Leitlinien zur Überwachung von Covid-19 in Langzeitpflegeeinrichtungen in den EU-Mitgliedstaaten veröffentlicht. Menschen im Alter von über 65 Jahren, mit Vorerkrankungen oder Behinderungen sind überdurchschnittlich stark von der Krankheit betroffen. In einigen EU-Staaten beträgt der Anteil von Todesfällen in Langzeitpflegeeinrichtungen 30 bis 60 Prozent der Gesamtsterblichkeit an Covid-19. Für die Sicherheit und Gesundheit von BewohnerInnen und Personal der Einrichtungen sind nun die Leitlinien der ECDC erschienen, die einen Fokus auf Test- und Meldestrategien setzen. Die Strategie ist darauf ausgerichtet, Ausbrüche rechtzeitig zu erkennen, Infektionsketten in und zwischen Einrichtungen zu durchbrechen und die notwendigen medizinischen Kapazitäten zur Versorgung der Erkrankten zu mobilisieren.

- [ECDC: Surveillance of COVID-19 at long-term care facilities in the EU/EEA](#) 
- [Infografik zu Prävention und Umgang mit Covid-19 in Pflegeeinrichtungen](#) 

LTC: Neue Website zu Auswirkungen von Covid-19 auf die Pflege

Das International Long Term Care Policy Network (LTC) hat eine Website zu den Auswirkungen der Covid-19 Pandemie auf den Pflegebereich veröffentlicht. Darin werden die Konsequenzen der Pandemie und einhergehender Maßnahmen auf die pflegebedürftigen Menschen und Pflegenden zusammengetragen. Staatliche Unterstützungsmaßnahmen für diesen Sektor sollen bekanntgemacht und bewertet werden. Zudem werden Berichte über Perspektiven zu langfristigen Auswirkungen veröffentlicht. Es stehen Berichte zu einzelnen Ländern und vergleichende Berichte über die Situation in verschiedenen Staaten zu Verfügung. Außerdem wird eine Sammlung von Ressourcen wie Beratungsmöglichkeiten, Ratgebern und weiteren Unterstützungsangeboten zusammengestellt.

- [LTC Responses to Covid-19](#) 

Jahrestag der Datenschutz-Grundverordnung

Die Gültigkeit der europäischen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) jährte sich am 15. Mai dieses Jahres zum zweiten Mal. Die EU-Kommission gab eine Erklärung zu diesem Anlass ab, in der sie die DSGVO als wichtigen Schritt in der europäischen Gestaltung der Digitalisierung und als wichtiges Signal für ein Bewusstsein über die Bedeutung des Datenschutzes bei Unternehmen und BürgerInnen bezeichnete. Im Zusammenhang mit der Bekämpfung des Coronavirus verweist die Erklärung auf die unveränderte Priorität des Schutzes persönlicher Daten. Sogenannte Tracing-Apps zur Verfolgung des Infektionsgeschehens könnten nur dann Erfolg zeigen, wenn die BürgerInnen der EU auf den Schutz ihrer persönlichen Daten vertrauen könnten.

- [Erklärung der EU-Kommission zum Zweiten Jahrestag der DSGVO](#)
- [Allgemeine Informationen zu EU-Datenschutzvorschriften](#)

Berichte und Studien

EAPN: Bericht zu den länderspezifischen Empfehlungen 2020 im Kontext der Covid-19 Pandemie

Das European Anti Poverty Network (EAPN) hat einen Bericht herausgebracht, in dem die länderspezifischen Empfehlungen der EU-Kommission im Hinblick auf die Europäische Säule Sozialer Rechte und die Ziele zur nachhaltigen Entwicklung in der Covid-19-Pandemie bewertet werden. Im Bericht wird angemahnt, die wirtschaftspolitischen Empfehlungen für die Mitgliedstaaten stärker an sozioökonomischen Daten zur Teilhabe der Bevölkerung zu orientieren. Mit der Investition in soziale Teilhabe und Bildung werde langfristig auch in eine stabile Wirtschaft investiert. Die wichtigsten Empfehlungen für die Pandemie seien die Bedarfserfassung und kurzfristige Bereitstellung von Hilfen, die Priorisierung von sozialer Absicherung und Armutsbekämpfung. Außerdem sollten öffentliche Gesundheits- und Pflegedienstleistungen gestärkt werden. Arbeitsplätze sollen geschützt und insbesondere die Sicherung prekär Beschäftigter gewährleistet werden.

- [Putting Social Rights and Poverty Reduction at the heart of EU's COVID-19 Response | EAPN's Assessment](#)


Population Europe: Bericht zu Demografie und dem Corona-Virus

Population Europe hat einen Kurzbericht zu demografischen Aspekten der Pandemie durch den Corona-Virus veröffentlicht. Darin wird dargestellt, wie die demografischen Unterschiede innerhalb Europas die Schwere der Krankheitsverläufe und die Kapazitäten des Gesundheitssystems in verschiedenen Regionen beeinflusst haben. Evaluationen zu Strategien der Pandemiebekämpfung wie Lockdowns und Schulschließungen müssten nicht nur Daten zur Gesundheit der Bevölkerung und zum Gesundheitssystem einbeziehen. Demografische Faktoren wie Alters-, Familien- und Haushaltsstrukturen spielten ebenso eine Rolle wie andere soziodemografische Informationen, die zum Beispiel Aufschluss über die Mobilität in einer Gesellschaft geben könnten. Für künftige Herausforderungen im Bereich der öffentlichen Gesundheit seien die stetige Erfassung und Bewertung von gesundheitlichen Problemfeldern notwendig, die im europaweiten und interdisziplinären Austausch erfolgen sollte.

- [Population Europe: Demography and the Coronavirus Pandemic](#) 

Eurofound: Umfrage zu Lebensbedingungen in der Covid-19 Pandemie

Die European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions (Eurofound) hat eine Online-Umfrage gestartet, um die Veränderungen im Leben von EU-Bürgerinnen in der Covid-19 Pandemie zu erheben. Damit soll ein Beitrag zur Einschätzung der kurz- und langfristigen Konsequenzen im sozialen und wirtschaftlichen Bereich geleistet werden. Die Umfrage deckt die Themenfelder finanzielle Situation, Wohlbefinden und Arbeitsorganisation ab. Erste Ergebnisse der seit 09. April laufenden Umfrage sind nun online verfügbar. Sie zeigen, dass die BürgerInnen in den EU-Ländern, die am stärksten von der Pandemie betroffen sind, auch das geringste Wohlbefinden berichten. Insgesamt sind EU-weit 45% der Befragten um ihre Zukunft besorgt. Auch das politische Vertrauen in die EU und die jeweilige nationale Regierung ist im Durchschnitt gesunken. Mehr als ein Viertel der Befragten berichten, dass sie kurz- oder langfristig ihren Arbeitsplatz durch die Pandemie verloren haben. Davon sind junge Männer am häufigsten betroffen. Etwa die Hälfte der Befragten gibt an, in Kurzarbeit zu sein. Kurzarbeit ist besonders in Rumänien, Italien, Frankreich, Zypern und Griechenland als Konsequenz der Krise verbreitet. Die Umfrage läuft in einer zweiten Erhebungswelle weiter bis zum 01. Juli.

- [Eurofound: Erste Ergebnisse von "Living, working and COVID-19"](#) 
- [Zur Umfrage "Living, working and COVID-19"](#) 

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum/ Ort	Titel der Veranstaltung	Veranstalter
15. -16. Jun 2020 Online	Eurochild General Assembly and Members' Day	Eurochild
31. Aug.- 3. Sept 2020 Zürich, Schweiz	16. Internationale Konferenz der EUSARF (European Scientific Association for Residential and Family Care for Children and Adolescents)	EUSARF
29. Sept. 2020 Berlin, Deutschland	Joint seminar by AGF and COFACE Families Europe on: "Child guarantee"	COFACE Families Europe, AGF
29.-30. Okt 2020 Berlin, Deutschland	Annual ICCFR Seminar	AGF, ICCFR
25.-27. Nov 2020 Mannheim, Deutschland	European Social Economy Summit 2020	Europ. Kommission, Stadt Mannheim

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und ist in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin · Tel.: + 49 (0) 30 2902825-78

E-Mail: europa@ag-familie.de · Web: <http://ag-familie.de>

Redaktion: Olga Kedenburg, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Die AGF wird gefördert vom

